

Der Plan auf lange Sicht

Das Sanierungsprogramm des Kabinetts

Nach tagelangen Beratungen und Vorarbeiten hat die Reichsregierung ihr Gesamtprogramm der Deffizitlosigkeit übermittelte. Dieses Programm ist hart, härter als viele sich denken konnten. Noch steht die parlamentarische Basis nicht fest, auf der die Regierung zu arbeiten gedenkt, ja es läßt sich zurzeit nicht einmal übersehen, wie es um den neugewählten Reichstag bestellt sein wird. Nur eines weiß man: die Wochen der Entscheidung sind gekommen, die Zukunft des deutschen Reiches, die Zukunft des deutschen Volkes steht auf dem Spiel.

Auf sämtlichen deutschen Parteien lastet eine Verantwortung, die größer ist denn je. Die Reichstagswahlen des 14. Septembers können nicht anders gedeutet werden, als ein Ausdruck starker Unzufriedenheit der Wählermassen mit den bisherigen Methoden des Regierens. Es muß offen zugegeben werden, daß die Art, wie wichtige Lebensfragen des deutschen Volkes in den Fraktionszimmern des Reichstages seit Jahren behandelt wurden, die größte Enttäuschung bei den Wählern hervorgerufen hat. Heute gilt es, die Fehler klar zu erkennen und die Lehren aus dem Wahlgang des 14. Septembers zu ziehen. Eine Partei, die dies nicht zu tun vermag, ist unweigerlich der Vernichtung preisgegeben.

Deutschlands Lage ist außerordentlich ernst. Wer dies nicht zu erkennen vermag und nicht bereit ist, seine Sonderwünsche dem Dienst an der Gesamtheit unterzuordnen, hat heute keinen Anspruch auf eine auch noch so geringe politische Rolle. Er hat zu schweigen und von der politischen Bildfläche zu verschwinden. Diese Schicksalsstunde wird zeigen, wer in Deutschland staatsmännisch zu denken vermag und staatsmännisch denken heißt heute, das Wohl des Vaterlandes über alles zu stellen, nicht nur in Worten, sondern durch Taten.

Taten! Nur darauf kommt es heute noch an. Taten! Auf sie wartet das gesamte deutsche Volk. Das Programm der Reichsregierung mutet der Mehrzahl der Nation überaus große Opfer zu. Diese Opfer könnten nur dann tragbar sein, wenn die Ueberzeugung von ihrer Notwendigkeit und Gerechtigkeit Allgemeingut wird. Heute sind wir noch weit davon entfernt. Indessen scheint dies die wichtigste Aufgabe zu sein, die eine Reichsregierung, wie sie auch zusammengesetzt sein mag, zu erfüllen hat. Das deutsche Volk muß in seinem Innersten dessen sicher sein, daß die ungeheuren Lasten, die es trägt, einen Weg zur Gesundung bereiten. Diese Gewissheit ist wichtiger als die Gestaltung der Parteiverhältnisse in dem zu eröffnenden Reichstag.

Die Parteien werden die nächsten Tage mit der Durchberatung des Regierungsprogramms verbringen. Man möchte wünschen, daß diese Beratungen sich nicht allzu lange hinauszögern. Die Geduld der Allgemeinheit war schon in der letzten Zeit auf eine harte Probe gestellt. Man würde es bei den weitesten Volksteilen nicht gut verfehlen, wenn der Geist des Fraktionszimmers bei den Parteien wieder vorherrschen würde.

Für den laufenden Etat kommen eigentlich nur zwei Dinge in Betracht: Zunächst die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf 6,5 Prozent, die die Regierung mit Wirkung vom 6. Oktober an auf Grund der Vollmachten der Notverordnung dekretieren wird, zum zweiten das Gesetz über die Bildung eines besonderen Schuldentilgungsfonds für die nächsten drei Jahre, das die jährliche Verminderung der schwebenden Schuld mit je 420 Millionen RM. aus Mitteln des ordentlichen Haushalts derart sicherstellen soll, daß von 1934 an keine schwebende Schuld mehr besteht. Dieses Gesetz wäre, wie die Regierungserklärung besagt, auch die Voraussetzung für die Beschaffung des in den letzten Tagen wiederholt erwähnten Ueberbrückungskredits von etwa 400 Millionen RM., der durch Vermittlung der Reichsbank im In- und Auslande beschafft werden soll. Wenn dieser Kredit beschafft wird, glaubt der Finanzminister, bis zum Ende des Haushaltsjahres die Kasse in Ordnung zu halten und auch das am Jahresende auszuweisende offene Defizit von etwa 1/2 Milliarden RM. in den nächsten Jahren kassenmäßig ertragen zu können, bis es aus dem Schuldentilgungsfonds abgedeckt sein wird. Neue Steuern oder Steuererhöhungen will man außer der Erhöhung der Tabaksteuer um etwa 160 Millionen, die vom Etatsjahr 1931 an gelten soll, unter allen Umständen vermeiden, da ja das ganze Programm darauf abgestellt ist, die Steuerlast zu vermindern, um so der Produktion einen Impuls zu geben.

Für das neue Haushaltsjahr 1931 soll der Etat ganz von Zuschüssen oder Darlehen für die Reichsanstalt entlastet werden. Man glaubt, das dadurch erreichen zu können, daß man den hohen Beitragssatz von 6,5 Prozent beibehält, weil so der Reichsanstalt eine sichere Einnahme von 1690 Millionen RM. garantiert würde. Die Schwierigkeiten auf dem Unterstützungsgebiete erwartet man im nächsten Jahre weniger bei der Arbeitslosenversicherung als bei der Krisenfürsorge, wo man ein Anschwellen auf eine Million, und bei der Wohlfahrtsfürsorge, wo man eine Steigerung auf 750 000 bis 800 000 unterstützte Erwerbslose befürchtet. Deshalb soll die Krisenfürsorge im neuen Etat von vorn-

herein mit 420 Millionen dotiert und auch den Ländern und Gemeinden durch den Umbau des Finanzsystems die Möglichkeit der Wohlfahrtsunterstützung gesichert werden; außerdem will man die Krisenfürsorge reformieren, indem man sie auf alle Berufsweige mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Hausangestellten ausdehnt, gleichzeitig aber auch die Bedürftigkeitsprüfung verschärft.

Die Ausgabenentlastung im Reichshaushalt für 1931 um eine runde Milliarde gegenüber dem jüngsten Voranschlag für das laufende Jahr wird also auf der ganzen Linie durch Ausgabenentlastungen erreicht. Die Verringerung der Beamtengehälter, die mit Ausnahme der besonders aufgeführten Personen 6 Prozent beträgt, läßt von der allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter, die vor rund drei Jahren etwa 16 Prozent ausmachte, immerhin noch den größeren Teil übrig. Mit der Kürzung der Ueberweisungen soll bei Ländern und Gemeinden die gleiche Maßnahme, für die freilich auch eine einfache Parlamentsmehrheit kaum genügen dürfte, zwangsläufig werden. Aber auch bei der Reichsbahn, deren Personal ja zum großen Teil unter Beamtenrecht steht, würde sich diese Gehaltsverminderung als eine zur Balancierung ihres Haushaltes notwendige Ersparnis von mehreren Millionen auswirken.

Der Reichspräsident billigt Brünings Pläne Zulage Braun?

Berlin, 1. Okt. Zu dem gestrigen Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten verlautet von unterrichteter Seite, daß der Reichspräsident nach dem Vortrag Dr. Brünings die Absichten des Reichskanzlers in vollem Umfange gebilligt hat. Sicherem Vernehmen nach hat auch Dr. Brüning sich in seinem Vortrage nicht nur darauf beschränkt, die Grundzüge des Wirtschafts- und Finanzplanes zu entwickeln, sondern er hat auch seine politischen Absichten zur Verwirklichung dieses Programms dargelegt. Es ist aufgefalle, daß der Reichskanzler als erstes die Vertreter der Sozialdemokratie empfangen hat. Die Abgeordneten Weis und Hermann Müller vertraten dabei, wie die „A. Z.“ berichtet, in Uebereinstimmung mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun die Auffassung, daß bei aller Wahrung und Befestigung der sozialdemokratischen Wünsche Experimente verhindert werden müssen, die die deutsche Krise nur verschleiern können. Der preussische Ministerpräsident Braun habe für die Beratungen im Reichstage eine sachliche Mitarbeit der preussischen Vertreter in Aussicht gestellt. Er habe aber ausdrücklich darum gebeten, daß die Reichsregierung alle, aber auch alle Mittel ausschöpfen möchte, um auf parlamentarischem und nicht auf diktatorischem Wege zum Ziele zu kommen.

Die Verordnung über den neuen Arbeitslosenbeitrag
Berlin, 1. Okt. Der heutige Reichsanzeiger veröffentlicht die Verordnung über den Beitrag zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die bestimmt, daß der Beitrag zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf ein weiteres für das Reichsgebiet einheitlich 6,5 Prozent des maßgebenden Arbeitsentgelts beträgt.

Das Reformprogramm und sein Echo

Befriedigung der Wirtschaft über das Sanierungsprogramm
Freundliche Meinung der Wirtschaft

Berlin, 1. Okt. Hervorragende Wirtschaftsführer und leitende Persönlichkeiten der Berliner Bankwelt äußern, der „Völkischen Zeitung“ zufolge, übereinstimmend Befriedigung über das Regierungsprogramm. Angefichts der schweren Krise, in der sich Industrie und Handel befinden, müßte die Wirtschaft, so lautet das übereinstimmende Urteil, im großen und ganzen den Plänen der Regierung zustimmen.

Der starke Wille zum Sparen, der aus dem Programm spricht, werde vor allem das Vertrauen zu den deutschen Rentenpapieren wieder herstellen und besonders auf das Ausland einen beruhigenden Einfluß ausüben. Bei den Banken seien schon im Laufe des heutigen Vormittags viele Anfragen ausländischer Geschäftsfreunde eingelaufen, die sich wieder für deutsche Renten interessieren. Die Frage ob die parlamentarische Durchführung des Sanierungsplanes schließlich gelingen werde, wird mit einem gewissen Optimismus beantwortet, da das Programm in seinen wichtigsten Punkten selbst den extremen Parteien keine allzu großen Angriffsflächen biete.

Die Berliner Presse zum Regierungsprogramm

Berlin, 1. Okt. Die Berliner Morgenblätter beschäftigen sich fast alle eingehend mit dem neuen Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung. Sie würdigen im einzelnen die Sanierungsmaßnahmen und nehmen je nach Parteilichkeit dafür oder in mehr oder minder scharfer Form dagegen Stellung.

Die „Germania“ bezeichnet das Programm als einen Appell an die Vernunft und ein Dokument der deutschen Not, wie diese hart und drückend ist. Es sei aber auch ein Dokument des entschlossenen Willens, mit dem Aufgebot aller guten Kräfte unseres Volkes die schwere Not zu meistern und der Zukunft ein besseres Gebeihen für Staat und Wirtschaft abzurufen.

Die „Süddeutsche“ schreibt unter der Ueberschrift „Ein Schritt vorwärts!“. Es ist zu begrüßen, daß man endlich den Mut aufgebracht hat, die Reichsfinanzen unabhängig zu machen von der Entwicklung des Bedarfs für die Erwerbslosenfürsorge. Weiter bezeichnet es das Blatt als bedeutungsvoll, daß endlich daran gegangen worden sei, auch die Grundlagen für eine Gesundung der Länder- und Gemeindefinanzen zu schaffen. Das Blatt glaubt, daß durch diesen Plan die Grundlagen des Vertrauens der Reichsregierung im In- und Auslande wieder hergestellt werden können.

Der „Börsencourier“ weist darauf hin, daß auch er mancherlei Bedenken gegen Einzelpunkte habe, aber darauf komme es jetzt nicht an. Man habe sich die Frage vorzulegen, ob die große Linie des Kabinetts mitgemacht werden soll, oder ob man lieber neues Feilschen der Parteien sehen möchte. Der Plan bleibe ein schmerzlicher, aber ein notwendiger Eingriff.

Auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sieht gewisse Mängel in dem Regierungsprogramm. Es sei fast zu revolutionär und organisch ausgebaut. Alles in allem aber bedeute es eine geeignete Grundlage für die letzten Entscheidungen, die in den nächsten Wochen zu treffen sein werden, um Wirtschaft, Volk und Staat ungefährdet über den Winter zu bringen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ betitelt ihre Stellungnahme „Zustimmung und Zweifel“. Sie hält die Einheitsbesteuerung für die Landwirtschaft in der vorgeschlagenen Form für ein allgemein gefährliches Experiment. Der allgemeinen Grundtendenz, endlich eifern zu sparen, könne man zustimmen. Aber man werde in mehr als einem Punkte Vorbehalte zu machen haben, die sich gelegentlich bis zur Ablehnung steigerten.

Das „Berliner Tageblatt“ unterstreicht, daß das Programm als Ganzes zu sehen ist, und daß man zu ihm als Ganzes Stellung nehmen muß. Selbstverständlich sei es daher, daß eine rein negative Kritik nicht genüge und daß für etwas, was abgelehnt werde, anderes und Besseres geboten werden müsse. Die Regierung bezeichnete selbst ihr Programm nicht in jedem Satz als unabänderlich.

Die „Völkische Zeitung“ schreibt, zweifellos sei der Wille zu spüren, das finanzielle Fundament des Reiches nicht locker werden zu lassen. Die Regierung habe es sich nicht gerade leicht gemacht, für das Programm im Reichstag eine Mehrheit zu finden.

Scharf ablehnend stehen die oppositionellen Blätter dem Sanierungsprogramm gegenüber. Der „Vorwärts“ bezeichnet als Bilanz: Gehaltskürzung für die Beamten, Herabdrückung der Arbeiterlöhne, Verfassungskonflikte gegenüber der Arbeitslosenversicherung, Abbau von sozialen und kulturellen Ausgaben, Drohleistung des Wohnungsbaues, aber 400 Millionen Steuererlös für die Realsteuerpflichtigen. Das Ziel der endgültigen Sanierung werde auf diesem Wege nicht erreicht werden.

Der „Volkswagen“ und der „Tag“ weisen darauf hin, daß eine wirkliche Sanierung ohne die Behebung des Grundübels, der Reparationsverpflichtungen, nicht möglich sei. Der „Tag“ schreibt, das deutsche Volk werde jedes Opfer auf sich nehmen, wenn diese Opfer der Freiheit wüßten. Jede Sparmaßnahme, jeder eiserne Zwang sei berechtigt, wenn eine Politik der Befreiung damit gefördert wird.

Der Strafantrag im Hochverratsprozeß

Zwei Jahre Festungshaft

Leipzig, 1. Okt. Im Hochverratsprozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere beantragte der Reichsanwalt gegen alle drei Angeklagten eine Festungshaft von je zwei Jahren und 6 Monaten unter Anrechnung der vollen Unteruchungshaft. Ferner beantragte er gegen Ludin und Scheringer Dienstenlassung. Der Angeklagte Wendt gehört bekanntlich der Reichswehr nicht mehr an. Der Reichsanwalt betonte, daß auf Zuchthaus nicht anerkannt werden könne, weil die Angeklagten nicht aus ehrlicher Gesinnung heraus gehandelt hätten. Sie hätten aus fahrlässiger Vaterlandsliebe gehandelt. Die Strafe dürfe aber nicht milde sein. Die einzigen Milderungsgründe seien die Jugend der Angeklagten und die Tatsache, daß ihr Unternehmen im Keime erstickt werden konnte. Der zweite Vertreter der Anklage stellte fest, daß die in der Anklage enthaltenen militärischen Delikte, und zwar militärischer Ungehorsam, Aufwiegelung und Erregung von Mißvergnügen unter Kameraden durch das schwere Delikt der Vorbereitung zum Hochverrat aufgeklärt seien und daher bei der Strafbemessung nicht mehr besonders berücksichtigt werden könnten. Anders dagegen liege die Sache bei Scheringers Artikel, den er unter Umgehung der Kontrolle aus der Untersuchungshaft in den „Völkischen Beobachter“ gebracht habe. Die Veröffentlichung stelle eine selbständige Tat dar, für die eine weitere Strafe von zwei Monaten Festungshaft angemessen sei. Der Schlussantrag geht daher auf Bildung einer Gesamtstrafe für Scheringer in Höhe von 2 Jahren 7 Monaten Festungshaft.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frank 2 aus München, sprach für den Angeklagten Oberleutnant von Wendt. Er wandte sich zunächst dagegen, daß der Reichsanwalt es unterlassen habe, die rechtlichen Möglichkeiten zur Beurteilung des Verhaltens der Angeklagten vom rein menschlichen Standpunkt aus zu betrachten. Wendt und die beiden anderen Angeklagten müßten freigesprochen werden, weil sie unschuldig seien, unschuldig deshalb, weil nur ein einfaches Politisieren, eine explosive Gedankenausschüttung junger, idealer Menschen vorliege. Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Hitler, hob unter Eid aus, daß seine Partei lediglich auf legalen Wege ihre Ziele zu erreichen suche, im Gegensatz zu der kommunistischen Partei, die den Umsturz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln erstrebe. Die Angeklagten hätten nicht einmal parteipolitisch gehandelt. Der Zweck ihrer ganzen Bestrebung sei eine Zusammenfassung aller nationalen Denker in der Reichswehr gegen das Unternehmertum der Strafe gewesen. Auf ihr Urteil, meine hohen Herren, so schloß der Verteidiger, schaut die ganze Welt, weil aus diesem Urteil die Kenntnis kommen soll, ob es wirklich notwendig ist, den nationalen Gedanken im Wege eines Hochverratsverfahrens vorwärtszutragen, oder ob es nicht doch möglich ist, daß als Lehre dieses Prozesses hervorgeht: Hütet Euch, die Reichswehr anzutasten! Der Wille des Reichshochverratsverfahrens besteht darin, zu der Gesamtheit zu stehen, aber nicht im Dienste einzelner politischer Parteien.

Rechtsanwalt Kaneko-Berlin, der Verteidiger Ludins, stellt fest, daß der Konflikt der jungen Offiziere letzten Endes in dem Satz wurzelt: Die Reichswehr ist das Instrument der Reichsregierung. Da die Reichsregierung das Vertrauen des Parlaments bedürfe, so könne man Reichsregierung gleichsetzen mit parlamentarischer Mehrheit. Sei eine solche Mehrheit pazifistisch eingestellt, so ergäben sich für die Offiziere die Konflikte, die der Prozeß aufgedeckt habe.

Enthüllungen Bessedowskis

Ungeübliche Hittlerdokumente

Paris, 30. Sept. Der ehemalige Vorkammler an der Sowjetrussischen Botschaft in Paris, Bessedowski, dessen Enthüllungen recht verschieden bewertet worden sind, macht durch eine neue Dokumentenveröffentlichung von sich reden, die nach seiner Ansicht Beweise für eine Fühlungnahme zwischen sowjetrussischen Agenten und nationalsozialistischen Kreisen, ja sogar Adolf Hitlers selbst darstellt. Die Schriftstücke erscheinen in der nationalsozialistischen Zeitung „Völkischer Beobachter“. Der Inhalt läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß in Garmisch-Partenkirchen am 16. Juli in einer Villa eine Zusammenkunft zwischen sowjetrussischen Agenten und nationalsozialistischen Bevollmächtigten stattgefunden haben soll.

Sementi Hitlers

München, 1. Okt. Zu der unter allem Vorbehalt verbreiteten Meldung über Enthüllungen Bessedowskis zu angeblichen Hittlerdokumenten gibt Adolf Hitler folgende Berichtigung:

Es ist unrichtig, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aus Rußland für die Wahlen 5 Millionen RM. erhielt. Wahr ist, daß weder die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei noch ein Mittelsmann derselben finanzielle Zuwendungen aus Rußland in irgend einer Währung, sei es direkt, sei es indirekt, erhalten hat. Es ist unrichtig, daß in Garmisch-Partenkirchen eine vertrauliche Zusammenkunft zwischen Sowjetemissionären und „Hittlerianern“ stattgefunden hätte. Eine ähnliche Erklärung gibt Major a. D. Schmiedhuber.

Eröffnung der britischen Reichskonferenzen

(Londoner Brief)

Am 1. Oktober tritt in London, im großen Festsaal des englischen Außenamts, die britische Reichskonferenz zusammen. Unter dem Vorsitz Macdonalds vereinigt sie an einem Tisch die führenden Staatsmänner des britischen Weltreiches: Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Neuseeland und durch ihre Premierminister vertreten; der russische Freistaat durch seinen Außenminister, und auch Indien, welches, wie bekannt, keinen Dominionstatut im Rahmen des britischen Reiches besitzt, ist auf der Konferenz nicht durch den britischen Staatssekretär für Indien, sondern auch durch drei Vertreter der eingeborenen indischen Bevölkerung repräsentiert, und zwar durch den Maharadscha von Bilaner, den Moslem Muhammed Shahi und den Hindu Sir Chinua.

„Der britische Völkerbund“ — immer öfter klingt in englischer Zunge diese Gesamtbezeichnung für die über alle Welt verstreuten Länder des britischen Reiches. Als freie und mit dem Mutterlande gleichberechtigte Partner wurden alle britischen Dominions in der bekannten Deklaration von Lord Balfour bezeichnet. Die englische staatsrechtliche Konzeption meidet aber von jeher jede starre Formulierung.

Genau wie das Vereinigte Königreich selbst verfügt auch das britische Weltreich über keine paragraphische Verfassung. Der südafrikanische Staat vertritt den Standpunkt, daß die einmal proklamierte Freiheit aller Bestandteile des britischen Reiches sich zwangsläufig auch auf das Recht jedes Dominions auf Sezession, d. h. auf den Austritt aus dem Reiche erstreckt. Es ist aber charakteristisch, daß gewisse Bereiche, diese Verfassungsfrage der Dominions auf die Tagesordnung der Reichskonferenz zu bringen, von dem überwiegenden Teile der britischen Öffentlichkeit und selbst von Regierungen der Dominions abgelehnt werden. Mag dieses Sezessionsrecht theoretisch auch begründet sein — der praktische Sinn der englischen Staatskunst weigert sich, den Strom der Entwicklung in einen Damm theoretischer Formeln zu zwingen; „Wir haben keine Zeit für unrichtige, rein theoretische Diskussionen“, erklärt die englische Presse aller Richtungen, und die in London weilenden Staatsmänner der Dominions äußern sich in ähnlicher Weise. Der britische Völkerbund wird also auf der Reichskonferenz keine geschriebene Verfassung und kein formuliertes Grundgesetz erhalten. Die Konferenz wird unter dem Zeichen praktischer Fragen stehen.

Auf der Tagesordnung der Reichskonferenz steht zuerst die Regelung der Beziehungen der Dominions untereinander und zum Mutterlande, sowie auch Probleme der Außenpolitik und der Reichsverteidigung, die in früheren Jahren von der Regierung des englischen Königs eigenmächtig entschieden wurden, aber in letzter Zeit immer mehr in Einklang mit den Wünschen der Dominion-Regierungen gebracht werden müssen. Der Einfluß der Dominions auf die britische Außenpolitik ist in stetigem Wachstum begriffen. Die Dominions haben ihre eigenen Botschaften im Ganzen Völkerbund, Kanada und besonders Irland unterhalten sogar eigene Gesandtschaften in gewissen fremden Ländern. So z. B. wurde vor kurzem der erste irische Botschafter in Berlin akkreditiert. Diese außenpolitischen Rechte der Dominions sind auch in ihrer Verfassung festgelegt, die Grenzen ihrer außenpolitischen Autonomie werden im Einklang mit der Gesamtentwicklung der britischen Weltpolitik von der praktischen Ausgestaltung definiert. Die Dinge sind in Fluß, sie deuten aber eine gewaltige Verschiebung der Kräfte an. Das britische Weltreich wird allmählich durch die Kraft seines neuzeitlichen inneren Umbaus tatsächlich zu einem „Völkerbund seiner britischen Majestät“.

Ihre größte Aufmerksamkeit widmet die britische Reichskonferenz diesmal nicht den außenpolitischen und reichsorganisatorischen, sondern den wirtschaftlichen Fragen. Die Konferenz, die sich im Zeichen der steigenden und sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise versammelt, wird Wege und Mittel besprechen, die allen Teilen des britischen Weltreichs

zu einem Ausweg aus dem wirtschaftlichen Dilemma verhelfen könnten. In dieser Beziehung ist die immer mehr an Boden gewinnende Auffassung, daß alle Teile des britischen Reiches zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammengeführt werden müssen. Der Ruf nach Freihandel innerhalb des Reiches und nach gleichmäßiger Verzollung der Einfuhr aus allen Fremdländern — es wird von einer bevorstehenden Einführung eines zehnjährigen Einfuhrzolls gesprochen — erfährt sogar diejenigen Kreise der englischen Öffentlichkeit, die dem Gedanken der wirtschaftlichen Abgeschlossenheit des britischen Reiches stets gegnerisch gegenüberstanden.

Auffehnerregend ist in dieser Hinsicht das gemeinsam vom Reichsverband der britischen Industriellen und dem Generalkonvent der englischen Gewerkschaften an die Regierung gerichtete Memorandum, in welchem die Gründung eines zentralen Reichswirtschaftssekretariats und die Einberufung periodischer Reichswirtschaftskonferenzen verlangt wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Wunsch, in dem sich die englischen Industrieführer mit den Arbeiter-Gewerkschaftsführern einig sehen, vor der Reichskonferenz zur Debatte gestellt und von ihr auch angenommen werden wird. Denn dieser Wunsch, geboren unter dem Druck der zunehmenden industriellen Stagnierung der britischen Metropole und der immer steigenden enormen Arbeitslosigkeit, ist auf die Hoffnung zurückzuführen, daß das britische Weltreich, zu einem einheitlichen riesigen Wirtschaftskomplex ausgestaltet, sich selbst großartige Kräfte entwickeln kann, die es aus der heutigen Krise zur neuen Prosperität führen könnten.

Die außerordentlichen inneren und äußeren Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege zur Verwirklichung eines solchen Planes aufbauen, sind klar. Solche wirtschaftlich grundverschiedenen, in allen Kontinenten gelegenen Ländern, wie es die britischen Dominions sind, unter ein gemeinsames wirtschaftliches Dach zu bringen, ist eine Aufgabe, welche auch im besten Falle nur im Laufe von einer langjährigen Entwicklung erreicht werden kann.

Ratschläge zur Winterfaat

Landwirtschaftsschule Nagold

Von den drei Winterfrüchten Weizen, Dinkel und Roggen ist besonders der Weizen in diesem Jahr in seinem Ertrage und in seiner Qualität zurückgeblieben. Meistens weist er einen stark geschrumpften Kern auf, was seine Ursache vor allem in dem starken Auftreten des Schwarzrostes und in der ungünstigen Jahreswitterung hat. Bei der Herrichtung des Saatgutes beachte man, daß durch gutes Auspuhen möglichst vollkommene Körner gewonnen werden und überlege sich, ob man sich nicht neues Saatgut beschaffen will. Im allgemeinen sollte man bei Weizen alle vier Jahre wieder Original oder I. Ahsaat einer bewährten Sorte beziehen. Die empfehlenswertesten Sorten sind: Niedertraublinger, neuerdings Braunweizen Trubilo genannt, für alle mittleren bis besseren Böden, ferner Jägers Altheizen (auch Hohenheimer Bastardweizen genannt) für die höheren Lagen des Bezirks und für die nicht mehr sicheren Weizenböden. Für schlechte Böden, vor allem des vorderen Bezirks, ist der Mühlbachweizen, oder der Siegerländer zu empfehlen, die leider besonders im hinteren Bezirk eine zu geringe Lagerfestigkeit aufweisen. Nur auf den besten Böden des vorderen Bezirks, Kalkboden, kann die Ertragssteigerer Carsten Nr. V angebaut werden, eine Sorte, die aber auch hier öfters gemehlt werden muß. Wer sich nicht mehrere Sorten leisten kann, nehme diejenige für die mittleren Böden. Bei Dinkel nehme man für alle mittleren und leichteren Böden Steiner's Koter Troler und nur in den schwereren Bodenarten wird sich auch Hohenheimer Kolbendinkel bewähren. — Auch bei Roggen ist Saatgutwechsel angebracht, da er sich ja leicht mit den Raubarzorten verkreuzt. Im allgemeinen hat sich Lochos von Pektuser Roggen sehr bewährt. — Wichtig ist für die Herbstbestellung vor allem das Weizen-Weizen und besonders auch Dinkel werden vom Brand (Rust) oft sehr stark befallen, und kaum eine Krankheit mindert den Ertrag so wie diese. Sie kann durch richtiges Weizen vollständig beseitigt werden, und den Beweis hierfür kann man im Oberamt Nagold bei einigen Gemeinden sehen, welche so gut wie vollständig brandfrei sind. (Schietingen, Epenhausen, Oberschwandorf.) In diesen Gemeinden wird seit Jahrzehnten gegen den Brand gebeitzt. Es kann nun die altbekannte Kalkbeize oder die neuere Trockenbeize angewandt werden. Beide sind gleich gut und gleich empfehlenswert. Bei der Kalkbeize ist die Formalinbeize heute noch die sicherste. (1/2 Liter Formalin auf 100 Ltr. Wasser.) Wer Rust im Getreide hat, muß aber unbedingt das Tauchverfahren anwenden, damit die Brandspalten restlos entfernt werden, da sonst der Erfolg unsicher ist. Im übrigen ist zu bemerken, daß der Brand nicht in einem Jahre wegzubringen ist, das gilt auch von der Trockenbeize, sondern, daß nur sorgfältiges Beizen während mehrerer Jahre den Brand beseitigt; und auch dann muß weiter gegen Neuankömmlinge gebeitzt werden, da diese auch durch Stallmist erfolgen kann, welcher brandiges Stroh enthält. Wer mit

der Formalinbeize bis jetzt gearbeitet hat und mit ihr vertraut ist, kann ruhig dabei bleiben.

Die Trockenbeize hat das Besondere, daß rasch gebeitzt werden kann und daß vor allem das Zurücktrocknen der feuchten Frucht wegfällt; aber ihre Anwendung hat zur Voraussetzung, daß nur sauber gepuhete, brandbuttenfreie Getreide gebeitzt wird, sonst wird der Erfolg auch ausbleiben. In der Hand eines verständigen Landwirts ist dieses Beizmittel sehr wertvoll. Bekannt sind die Fabrikate Abavit und Cerejan. — Dinkel dürfte vorerst noch rasch gebeitzt werden, zumal man auch größere Mengen Trockenbeize benötigt und infolgedessen dies auch kostspieliger ist. Dagegen wird man Roggen, der oft über den Winter vom Schneeschimmel befallen wird und infolgedessen weggeht, mit Trockenbeize behandeln, welche diese Krankheit verhütet, während Formalin hier keine Wirkung ausübt. Das Trockenbeizen muß in einem Behälter (Beizapparat), welche mindestens zehn Minuten gedreht werden kann. Man kann sich hierzu ein altes Leinwand mit einer Kasse versehen oder ein altes Sturzbuttengefäß benutzen, falls die Anschaffung eines besondern Beizapparates zu kostspielig ist. Empfehlenswert ist es, dem Beispiel einiger Gemeinden zu folgen und die Beizmittel, sei es Kalk- oder Trockenbeize, durch die Gemeinde oder durch die Genossenschaft anzuschaffen, damit auch möglichst jeder Landwirt beizen kann, was für die Allgemeinheit von großem Nutzen ist. Brandfreiheit, wie sie bereits in einigen Gemeinden anzutreffen ist, sollte im Verlauf von acht bis zehn Jahren im ganzen Oberamt anzutreffen sein.

Dr. Häcker

Schluß des 78. Landw. Hauptfestes

Das 78. Landw. Hauptfest wurde am Dienstagabend programmäßig geschlossen. Es war mehr wie die früheren Ausstellungen auf Abzugsförderung eingeleitet. Das ist auch verständlich. Die Aufgaben des heutigen Landwirts und die Sorgen um seine Existenz sind andere wie in früheren Zeiten. Vor dem Kriege und in den ersten Nachkriegsjahren war das Hauptbedenken, möglichst hohe Erträge zu erzielen. Das ist anders geworden. Heute ist der Abzugsfrage das Hauptaugenmerk zu schenken. Anerkannt muß werden, daß die schwäbische Landwirtschaft in dieser, zäher, zielstrebiger Arbeit sich bemüht hat, auf die veränderten Verhältnisse sich anzupassen.

Ein besonders eindrucksvolles Bild bot die Tierausstellung. Sie zeigt, daß die Anstrengungen zur Verbesserung der Viehbestände in den letzten Jahren großen Erfolg hatten. Den Rinderzüchtern ist es gelungen, einen Typ zu schaffen, der den natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes gerecht wird. Das gleiche gilt für Pferde, Schafe und Schweine. Diese Leistungen erregten die Bewunderung der Kenner. Auf der Schweineversteigerung am Montag vormittag konnte ein Teil der angebotenen Tiere abgesetzt werden.

Die Eierzeugung wurde in den letzten Jahren bedeutend gesteigert. Für das deutsche Frischei wurde in überzeugender Weise gewonnen und die Überlegenheit gegenüber den Auslands-eiern veranschaulicht.

In der Milchviehwirtschaft waren es die Butter- und Käsearten, die den Besucher daran erinnerten, daß die deutsche Milchviehwirtschaft hochwertige Waren auf den Markt bringt.

Auch die Pflanzenbauausstellung war ganz auf die Forderung des Abzuges, Qualitätsverbesserung und Verbilligung der Erzeugung eingestellt.

In der Obstausstellung waren die verschiedenen vorbildlichen Verpackungsarten sehr interessant. Sie sind zweifellos geeignet, den heimischen Absatz zu fördern.

Man bekam den Eindruck, daß sich auch die Landwirtschaft immer mehr auf Absatzwerbung, Kellern einstellt. Während die früheren Ausstellungen hauptsächlich der Belehrung, Erzeugungssteigerung, Heberficht und Darstellung von landwirtschaftlichen Schaffens usw. dienten, geht heute langsam ein Wandel vor sich. Die frühere „Ausstellung“ wird allmählich zu einer „Muster- bzw. Warenmesse“. Die ausgestellten Erzeugnisse ließen erkennen, daß es unserer Landwirtschaft immer mehr gelingt, ungünstige äußere Einflüsse auszugleichen. Das Ziel moderner Absatz- und Ernährungspolitik geht dahin, den landwirtschaftlichen Absatz auf einheitliche Formen und Qualitäten zu bringen und damit die Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher zu vereinfachen und zu verbilligen.

Das gleiche gilt von den landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und sonstigen Erzeugnissen, die in Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Fachstellen immer mehr zur Vereinfachung kommen und dem Bauern in Haus, Hof und Feld die körperliche Arbeit erleichtern wollen. Mögen die Kaufschäfte sich bei der schlechten wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft in bescheidenen Grenzen gehalten haben, so übertrafen sie doch die Erwartungen der Aussteller.

Der Besuch der Ausstellung war besiedigend. Die aufmerksame Beschäftigung all der vielen Ausstellungsgegenstände durch die Besucher ist die beste Anerkennung, die der Landwirtschaftskammer als Veranstalterin gezollt werden konnte. Die Landwirte haben eine Fülle von Anregungen mit nach Hause nehmen können. Im Vergleich mit der letzten Ausstellung 1924 sind auf allen Gebieten wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Hoffen wir, daß es das zielbewußte Streben unserer Bauernschaft in absehbarer Zeit dahin bringt, daß wir nicht nur mit Stolz sagen können: Was nach unseren boden- und klimatischen Verhältnissen möglich ist, dem Boden abzurufen, das leistet unsere schwäbische Landwirtschaft, sondern daß sie auch in der Lage ist, die Erzeugnisse in bester marktgängiger Form in den Verkehr zu bringen.

Neue Fahrplanausgaben

Zum Winterfahrplanabschnitt vom 3. Oktober 1930 bis 14. Mai 1931 erscheinen im Bezirk der Reichsbahndirektion Stuttgart außer dem Ausgangsplan demnächst neu: der amtliche Taschenfahrplan der Reichsbahndirektion Stuttgart, die amtlichen Reisebücher für Südwestdeutschland und die Schweiz, für Mittel-, Ost- und Westdeutschland (je besonders), für Bayern rechts des Rheins, das Mittropa-Reisebuch und die Vollausgabe Nr. 3 des Reichsreisebuchs. In dem amtlichen Taschenfahrplan und dem amtlichen Reisebuch für Südwestdeutschland und die Schweiz sind auch die Fahrpläne der an Sonn- und Feiertagen nach Bedarf verkehrenden Sonderzüge nach den Winterportplätzen in Württemberg aufgenommen.

Druck und Verlag der W. Necker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Bock.